



Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Es informiert Sie

Zimmer

Telefon

E-Mail

Datum

Einwohneranfrage EWA0044/15 Pressefreiheit

Ihre Einwohneranfrage beantworte ich Ihnen wie folgt:

„warum werden Bürger, die friedlich auf die Straße gehen und ihre Sorgen kundtun, sofort als „rechtsradikal“ deklariert. Noch herrscht hier Meinungsfreiheit. Es ist nicht fair, wenn gleich die „Nazikeule“ geschwungen wird, obwohl eine Tendenz zu „rechts“ und „links“ nicht zu erkennen ist. Warum werden gewaltbereite Organisationen zu Märschen zugelassen? Warum werden die Medien (Zeitungen u. TV) in Dresden zensiert? In Deutschland besteht noch Pressefreiheit! Wann ist OB Hilbert für seine Bürger tätig? Ich bitte um klare Antworten. Wenn Sie es wünschen, kann ich auch detaillierter die Fragen stellen.“

Erlauben Sie mir zunächst zu betonen, dass ich nicht nur in meiner amtlichen Eigenschaft, sondern auch ganz persönlich überzeugter Demokrat bin. Nach meinem Verständnis beruht Demokratie auf der universellen Anerkennung der Menschenwürde als Grundlage allen staatlichen Handelns sowie auf den Entscheidungen der Bevölkerung, die diese in Wahlen und Abstimmungen zum Ausdruck bringt.

Das Grundgesetz unterscheidet nicht zwischen Arm oder Reich, zwischen Alt oder Jung oder zwischen politisch rechts oder links. Entsprechend neutral und unparteiisch stelle ich sicher, dass die Ämter der Landeshauptstadt ihre Aufgaben ebenso erledigen. Dies gilt selbst dann, wenn ich die auf Demonstrationen geäußerten Meinungen nicht teile. Menschen, die ihr Versammlungsrecht nutzen, sind allein deswegen oder wegen dort gefallener Äußerungen noch nicht automatisch als links- oder rechtsradikal einzuschätzen.

Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE58 8505 0300 3159 0000 00
BIC: OSDDDE81XXX
Konto 3 159 000 000
BLZ 850 503 00

SEB Bank
IBAN: DE 62 8601 0111 1414 0000 00
BIC: ESSEDES5F860

Deutsche Bank
IBAN: DE 81 8707 0000 0527 7777 00
BIC: DEUTDE8CXXX
Postbank
IBAN: DE 77 8601 0090 0001 0359 03
BIC: PBNKDEFF
Commerzbank
IBAN: DE 76 8504 0000 0112 0740 00
BIC: COBADEFFXXX

Dr.-Külz-Ring 19 · 01067 Dresden
Telefon (03 51) 4 88 20 00
Telefax (03 51) 4 88 20 05

E-Mails:
www.dresden.de
oberbuergemeister@dresden.de
stadtverwaltung@dresden.de-mail.de

Sie erreichen uns über die Haltestellen:
Prager Str. und Pirnaischer Platz
Öffnungszeiten:
Mo-Do 9-18 Uhr
Fr 9-15 Uhr

Für Menschen mit Behinderung:
Parkplatz, Aufzug, WC

Gestatten Sie mir deshalb ein konkretes Beispiel zur Ihrer Frage, warum „gewaltbereite Organisationen zu Märschen“ zugelassen werden. Das ist unrichtig. Soweit der Versammlungsbehörde Kenntnis von einer drohenden Gefahr für die Sicherheit und Ordnung bekommt, das bedeutet bspw. Gefahr für Leib oder Leben der Bevölkerung, kann und wird diese die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit in Dresden zu gewährleisten.

Ich beantworte Ihre Fragen deshalb auch noch bezogen auf den Umgang mit PEGIDA. Es fällt mir nicht immer leicht als oberster Leiter der Stadtverwaltung einerseits neutral das gültige Recht zu vollziehen und andererseits als gewähltes Stadtoberrhaupt auch stadtdesellschaftlich und politisch klar Stellung zu beziehen. Nehmen Sie den 9. November 2015. An mich hatten sich zuvor wegen einer hier für diesen Tag geplanten PEGIDA-Versammlung zahlreiche Initiativen und Organisationen gewandt, mit der Bitte als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden ein Versammlungsverbot zu erlassen oder zumindest den Theaterplatz nicht als Versammlungsort zuzulassen – die Demonstration zu verlegen. Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage entschied die Versammlungsbehörde dieses Hauses, mit meiner Zustimmung, von beidem abzusehen. Meine dazu ergangene Erklärung liegt als Anlage bei. Es gab dafür keine andere rechtliche Möglichkeit.

Der Rechtsstaat, in dem wir alle gemeinsam leben, bindet Behörden, davon bin ich als Demokrat uneingeschränkt überzeugt, zurecht an die Verfassung sowie Recht und Gesetz. Das Versammlungsrecht ist kein taugliches Mittel, eine politische Auseinandersetzung zu lösen. Den Aufstand der „Zuständigen“ zu üben und rechtswidrige Entscheidungen zu erlassen, die unverzüglich von Gerichten korrigiert werden würden, ist ebenso wenig zielführend, wie zu versuchen Probleme auf der Straße zu lösen.

Deswegen gehe vor Ort in die Stadtteile und Gremiensitzungen, um mit den Dresdnerinnen und Dresdnern ins Gespräch zu kommen. Wie Sie aus der anliegenden Erklärung sehen, beziehe ich sehr deutlich Position und erläutere wofür ich stehe und warum derzeit die Themen Flucht und Asyl große Herausforderungen und Aufgaben aber auch Chancen mit sich bringen. Mein Ziel ist, eine Willkommenskultur in Dresden zu etablieren und aufzuzeigen, dass Dresdens Bevölkerung und das alltägliche Leben gerade nicht von Pegida geprägt sind. Hass und Gewalt haben hier im Alltag keinen Platz.

Dresden ist eine Kulturmetropole die ihresgleichen sucht, ein Ort des Friedens und der Versöhnung. Ich selbst werde deshalb weiterhin alles mir Mögliche unternehmen, um außerhalb Dresdens aufzuzeigen, wofür Dresden und seine Menschen wirklich stehen. Innerhalb Dresdens werde ich mich weiterhin für die Demokratie einsetzen und jede Form von Extremismus angehen; ich möchte vereinen statt spalten. Toleranz und eine gelebte Willkommenskultur, das ist es, was Dresden wirklich vorzeigen kann. Wenn alle vor Ort mitziehen, gelingt uns auch das Verständnis zu schaffen, dass nur im Miteinander aller Menschen – gleich woher und warum sie hier nach Dresden kommen – die Zukunft unserer Stadt liegt.

Sie verstehen sicher, dass ich mich zu Ihren weitergehenden Fragen betreffend die Medien, aus Respekt vor der Pressefreiheit, als Oberbürgermeister nicht äußere. Wenn Sie diesbezüglich Fragen haben, wenden Sie sich bitte direkt an die dafür vorgesehenen Pressegremien. Ich hoffe Ihnen hiermit weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dirk Hilbert

Anlage

– Statement vom 9. November 2015

Statement des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Dresdens Dirk Hilbert zum Demonstrationsgeschehen am 9. November 2015

»Im Laufe der vergangenen Tage haben mich zahlreiche Telefonate und Mails erreicht. Immer ging es dabei um den heutigen Tag und die Frage, wie sich das Demonstrationsgeschehen gestaltet. Wie Sie alle wissen, gibt es heute dazu einige Großanzeigen in lokalen Zeitungen und eine Online-Petition. Das Ziel der Initiativen ist das Verbot oder die Verlegung der PEGIDA-Demonstration. Ich nehme sowohl den offenen Brief, als auch die Petition sehr ernst und will deshalb genau über diesen Weg auch eine entsprechende Antwort an die Unterzeichner dieser Initiativen übermitteln.

Ich habe mich an verschiedensten Stellen meiner bisher kurzen Amtszeit deutlich zu der PEGIDA-Bewegung geäußert und ich bin überzeugt, dass mir niemand allen ernstes unterstellen kann, ich sei hier nicht klar positioniert. Wie viele Dresdnerinnen und Dresdner auch, empfinde ich es beschämend, dass eine solche Gruppe hier entstanden ist und auch großen Zulauf erfahren hat. Was von der Bühne herab gesagt wird, widert mich genauso an, wie viele andere in diesem Land. Wenn auf den Facebook-Seiten von Montagsdemonstranten und Asylgegnern meine Privatadresse veröffentlicht wird, dann hat dies auch für mich und meine Familie eine Dimension, die weit über meine Amtstätigkeit hinausgeht. Gleichzeitig bin ich mir bewusst, welcher immenser Schaden für die Stadt Dresden aufgrund der Demonstrationen von PEGIDA entsteht. Erst am Samstag habe ich der Sächsischen Zeitung gegenüber gesagt: PEGIDA vernichtet Arbeitsplätze.

Doch meine persönliche Auffassung zu diesem Thema ersetzt nicht meine Verantwortung gegenüber dem Gesetz. Ich habe mir vom zuständigen Bürgermeister sehr ausführlich die Entscheidung der Versammlungsbehörde zum heutigen Tag erläutern lassen und komme zu dem Schluss, dass ich die Einschätzung der Juristen teile. So schwer es mir fällt und so sehr ich die Konsequenzen bedaure: Ich sehe keine Möglichkeit, PEGIDA die Demonstration auch an einem 9. November zu versagen oder den Ort an den Stadtrand zu verlegen. Das sächsische Versammlungsgesetz benennt den heutigen Tag weder als besonders schützenswert, noch treffen andere Sachverhalte zu, die ein Verbot rechtfertigen würden.

Hätten die gleichen Kulturinstitutionen, die jetzt ein Verbot bzw. Verlegung fordern, schon vor Wochen eine Veranstaltung zum 9. November auf dem Theaterplatz angemeldet, gäbe es sicherlich rechtlich gesehen weit mehr Optionen, als sie der Versammlungsbehörde am heutigen Tag zur Verfügung stehen.

Mir ist klar, dass diese Position von vielen Bürgern und Politikern nicht geteilt werden wird. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass der Versuch, PEGIDA zu verbieten auch gegen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstoßen würde. Das Grundgesetz hat völlig zu Recht weder eine politische, noch eine moralische Kategorie in diese beiden Artikel eingearbeitet. Weder die Politik, noch eine Mehrheit oder Meinungsführerschaft soll in der Lage sein, die Grundrechte einer Minderheit erheblich einzuschränken. Selbst dann nicht, wenn ein Teil dieser Minderheit unsere demokratische Ordnung anscheinend ablehnt.

Der 9. November ist ein Datum in der deutschen Geschichte, wie kein zweites. Am 9. November 1938 zeigte sich die menschenverachtende und hasserfüllte Fratze des Nationalsozialismus der Welt ganz offen. Die Verbrechen geschahen nicht mehr heimlich, nicht mehr im dunkeln, sondern vor aller Augen. In diesen Tagen zeigte sich auch, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit war, diese Verbrechen zu tolerieren, wegzuschauen und mitzumachen.

Der 9. November 1989 wiederum ist der Tag, an dem 16 Millionen Bürger der DDR ihre Freiheit zurück erhielten. Mit diesem Tag war der Untergang der SED-Diktatur besiegelt. Gleichzeitig erhielten genau mit diesem Tag die Menschen der DDR ihre Grundrechte auf Meinungs-, Versammlungs-, Reise und Pressefreiheit Stück für Stück wieder zurück.

Heute, am 9. November 2015, diskutieren wir in dieser Stadt darüber, ob PEGIDA demonstrieren darf. Die Verfasser des Offenen Briefes an mich führen dazu an, dass der Schaden riesig sei, wenn an einem solchen Tag Botschaften des Hasses über den Theaterplatz gebrüllt werden. Ja, damit haben die Unterzeichner völlig recht.

Ein Kommentator der Sächsischen Zeitung schreibt treffend: Keine Hetze am Tag der Hetze. Er schreibt auch, es gäbe die rechtliche Mittel PEGIDA heute zu verbieten. Leider schreibt er nur nicht, welche dies sind.

Ich werde das Grundgesetz nicht wegen eines moralischen Schadens oder für einen Imageverlust außer Kraft setzen und gegen meine Überzeugung ein Verbot anordnen. Ich werde auch nicht aus politischen Motiven heraus eine Entscheidung fällen, um die Verantwortung dann auf die Verwaltungsgerichte abzuwälzen. Ich glaube, dass gerade aus dem 9. November eine ungeheure Verantwortung dem Rechtsstaat gegenüber erwächst. Recht und Gesetz in unserem Land dienen dem Schutz der demokratischen Grundordnung, genauso wie Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement.

Die montäglichen Redner von PEGIDA wollen ihren Zuhörern ja gerade eintrichtern, unser Land wäre eine Diktatur der politischen Klasse, der Journalisten und Meinungsmacher. Sie beschwören einen Widerstand gegen das vermeintliche System von Unterdrückern. Doch Deutschland ist weit davon entfernt ein solches Land zu sein. Vielmehr ist unsere Demokratie in der Lage auch diese Auswüchse zu ertragen.«